

Positionspapier Umwelt & Energie

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 8. Juni 2009

Inhalt

1. Umwelt
 - 1.1 Einführung
 - 1.2 Natur und Landschaft
2. Energie
 - 2.1 Einführung
 - 2.2 Lokale Energiethemen
 - 2.3 Quartiereigene Versorgungseinrichtungen

1. Umwelt

1.1 Einführung

Die Achtung vor der Natur und der Schutz der Umwelt stehen im Zentrum des grünliberalen Gedankengutes. Die Freiheit des Individuums darf nicht auf Kosten der natürlichen Umwelt ausgelebt werden. Wir alle sind auf eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage angewiesen, daher verstehen wir Umweltschutz auch als Schutz des Menschen. Das Vermeiden von Umweltschäden sehen wir als wichtigen Beitrag zum Überleben der Menschheit. Wir wollen den Nächsten eine lebenswerte Welt ohne Altlasten hinterlassen. Auch zukünftige Generationen sollen Freude und Spass am Leben haben und es geniessen können!

Eine gesunde Umwelt (saubere Luft, Wasser, Böden etc.) ist ein öffentliches Gut, welches für jedermann nutzbar bleiben soll. Die Emission von Schadstoffen und die Nutzung der natürlichen Ressourcen muss auf ein nachhaltiges Mass reduziert werden. Die GLP ist der Ansicht, dass natürliche Ressourcen immer noch zu billig angeboten werden und deshalb Raubbau an der Umwelt stattfindet. Damit die natürliche Lebensgrundlage auch den nächsten Generationen zur Verfügung steht, muss deren Übernutzung verhindert werden.

Grünliberale Umweltpolitik fordert konsequente Kostenwahrheit und damit die konsequente Verrechnung externer Kosten: Den Verursachern müssen nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Kosten in Rechnung gestellt werden. Nicht Verbote und Gebote sollen dazu eingesetzt werden, sondern primär marktwirtschaftliche Instrumente nach dem Verursacherprinzip.

1.2 Natur und Landwirtschaft

Wir wollen die Natur in ihren natürlichen, ursprünglichen, freien Landschaften erhalten und die Artenvielfalt sichern, daneben aber auch im Siedlungsraum wichtige Naherholungsgebiete und grüne Oasen bewahren, resp. fördern. Die Agglomerationen um die grösseren Städte sollen auch in 20 Jahren noch attraktive Gebiete mit intakter Landschaft sein, in denen man wohnen, arbeiten und sich wohl fühlen kann. In den peripheren Gebieten ist eine hohe Rücksichtnahme auf die Landschaften als Erholungsgebiete nötig, trotzdem soll ein ökologisch verträglicher Tourismus Platz haben. Nur so können unsere Lebensqualität und die hohe Standortattraktivität der Schweiz erhalten werden.

Wir befürworten eine gentechfreie, ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, welche gesunde Produkte herstellt. Wir sind gegen reine Strukturhaltung und engagieren uns eine Landwirtschaft die nach dem Motto

'Qualität statt Menge' funktioniert.

Wir setzen uns ein für einen schonungsvollen Umgang des Wassers und befürworten die Renaturierung von Fließgewässern.

Unsere Forderungen für Biel/Bienne und das Seeland:

Naturflächenkonzept

Die Siedlungsgebiete verlieren immer mehr grössere und kleinere Grün- bzw. Brachflächen. Damit geht die Artenvielfalt verloren und es drohen Übernutzung und Monokulturen. Um die Artenvielfalt zu bewahren soll in der Raumplanung ein Naturflächenkonzept miterstellt werden. Dadurch können vermehrt Naturräume (naturbelassene Flächen) erhalten werden, welche Tieren und Pflanzen Rückzugs- und Lebensraum bietet.

Baumschutz

Alte Bäume prägen das Stadtbild. Auch in Biel hat es Bäume welche im Stadtbild einen festen Platz haben. Zur Erhaltung des Baumbestandes fordern die Grünliberalen ein entsprechend Baumschutzreglement für den öffentlichen Grund. Im Baumschutzreglement sollen die Kriterien für erhaltenswerte Bäume (z.B. Durchmesser 30cm und mehr) und die Auflagen für eine Bewilligung zum Fällen festgehalten werden. Zum Fällen eines geschützten Baumes muss ein entsprechendes Gesuch eingereicht werden. Im Gesuch muss auch Zeitpunkt, Ort und Art eines entsprechenden Ersatzes genannt werden. Der Ersatz muss innerhalb von 12 Monaten innerhalb der Stadt, möglichst innerhalb des Quartiers erfolgen. Grundsätzlich sind einheimische Arten zu bevorzugen.

Verzeichnis von Naturschutzobjekten

Ein Kataster von Naturschutzobjekten ist dringend nötig, da durch die vielen Grossbaustellen wertvolle Kulturlandschaften, Baumgruppen und Alleen verloren gehen. Ein Verzeichnis kann präventiv langwierige Baueinsparungen verhindern, da die Naturschutzobjekte schon in die Planung einbezogen werden müssen.

Wiederherstellung von gerodeten Flächen

Die Grünliberalen verlangen, dass Flächen welche während der Expo.02 oder der A5 gerodet wurden oder werden, wie versprochen wiederhergestellt werden, und zwar quantitativ und qualitativ. Ausserdem müssen für zu rodende Flächen (z.B. A5 und Zubringer Spital) bereits in der Planung Ersatz an Ort und Stelle gefunden werden.

Stadtchemikeramt

Das Stadtchemikeramt soll geeignete Massnahmen ergreifen um Umweltverschmutzungen präventiv zu verhindern. Das heisst vermehrte Kontrollen der Luft-, Wasser- und Bodenqualität auf dem ganzen Agglomerationsgebiet. Die Vollzugsanleitung betr. Umgang mit Öfen usw. des BECO (wird 2009 den Gemeinden zugestellt) soll ohne Verzögerung eingesetzt werden. Dies betrifft vor allem die visuelle Aschen- und Brennstoffkontrolle.

Landwirtschaft

Die Grünliberalen unterstützen Anreize um die Biolandwirtschaft im Seeland zu fördern. Die naturnahe Landwirtschaft mit Windschutzstreifen, Fruchtfolgen und weniger Monokulturen soll zukünftig das Landschaftsbild prägen. Durch den Verzicht auf übermässigen Kunstdüngereinsatz soll sich die Grundwasserqualität langfristig verbessern.

Gewässerschutz

Natürliche Wasserläufe, Moore und Teiche sind zu erhalten und zu fördern. Durch geeignete Massnahmen sind Schilf- und Ufergebiete vor durch Menschen verursachten Wellenschlag/Erosion zu schützen.

Wasser

Die Grünliberalen setzen sich ein für den sinnvollen und verantwortungsvollen Umgang mit Wasser. WC-Spühlungen sollten nicht mehr nur mit Trinkwasser betrieben werden. Statt das Regenwasser versickern zu lassen sollen alle Häuser auf Regenwasser-Spülung (bzw. andere Abwässer) umgerüstet werden. Solcher Anlagen sollen als zentrale Einrichtungen im Quartier gefördert werden. Die Gemeinden setzen dafür Anreize und unterstützen Renovationen mit einem einmaligen Betrag. Öffentliche Gebäude sollen vorbildlich mit Urimat, getrennten Spültasten, etc. ausgerüstet sein. Die gängige Praxis, Regenwasserfassungen bei der Verrechnung für Abwasser mit ein zu berechnen wird bei registrierten und genehmigten Projekten gestrichen.

2. Energie

2.1 Einführung

Der heutige Energieverbrauch in der Schweiz ist nicht nachhaltig: Wir konsumieren mehr, als wir mit regenerativen Quellen bereitstellen können. An vielen Orten wird unnötig Energie verbraucht, so dass mehr Umweltschäden durch die Bereitstellung der Energie entstehen und mehr Risiken in Kauf genommen werden als nötig. Zudem sind wir beim Import von Öl und Gas (und teilweise Uran) in grossem Masse von politisch instabilen Regionen abhängig.

Die Herausforderungen des Klimawandels, abnehmende Ressourcen und zunehmende Umweltbelastung zwingen uns, den Verbrauch effizienter zu gestalten und die Produktionsarten umzustellen. Wir Grünliberalen sehen dies aber ganz klar als Chance: Die Schweiz kann in Industrie und Energie Technologieführerschaft erlangen, international eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig die Risiken der heutigen Produktion verringern.

Die Grünliberalen fordern alle Entscheidungsträger auf, Kostenwahrheit und Transparenz hoch zu halten: Der gesamte Lebenszyklus von Produkten und Energieformen soll betrachtet werden, die Informationen sind transparent zu machen und in die Preise umzusetzen. Vordringlich ist dies für die Grünliberalen bei der Kernkraft, die heute versteckt subventioniert wird (ungelöste Entsorgung und keine Versicherung im Schadensfall).

Die Grünliberalen setzen sich für Anreize zu Energieeffizienz und Energiesparen ein, zudem wollen wir die erneuerbaren Energien fördern. Finanzielle Anreize über Lenkungsabgaben, Bonus-/Malus-Systeme und Anpassungen des Steuersystems führen – zusammen mit Standards, welche an die neusten Entwicklungen angepasst sind – zu einer ökologischen, wirtschaftlichen und sicheren Energieversorgung. Im Sinne der beschränkten Ressourcen ist sowohl bei der Produktion wie auch beim Konsum auf Qualität statt Quantität zu setzen. Verbesserte Transparenz und ein höherer Stellenwert der Umweltbildung unterstützen entsprechende Konsumententscheidungen.

Durch Energieeinsparungen müssen Kapazitäten zur Stromproduktion, welche in den nächsten Jahren Schritt für Schritt wegfallen werden, nicht erneuert werden. So brauchen wir keine neuen Atomkraftwerke. Die Grünliberalen stehen voll hinter der Vision der 2000 Watt-Gesellschaft und unterstützen alle diesbezüglichen Massnahmen.

Wie das Bundesamt für Energie mit seinem Szenario IV gezeigt hat, ist dieses Ziel bis 2100 realistisch, wenn wir uns heute auf den Weg machen. Die Grünliberalen werden auf allen Ebenen die nötigen Schritte fordern.

2.2 Lokale Energiethemen

Die Grünliberalen setzen sich deshalb in Biel/Bienne und dem Seeland für folgende Punkte ein:

Lokale Energiequellen

Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass lokale und erneuerbare Energiequellen (Wind, Biogas, Erdwärme) gefördert werden. Die lokalen Energiebetriebe (z.B. ESB) sollen schrittweise auf 100% erneuerbare Energie umsteigen.

Einspeisevergütung auf Lokalbasis

Die Grünliberalen verlangen die Prüfung einer marktwirtschaftlichen Einspeisevergütung auf lokaler Ebene. Das heisst für Produzenten erneuerbarer Energie [wird eine Einspeisevergütung gewährt, diese wird dann lokal als Ökostrom weiterverkauft.

Als alternative Möglichkeit fordern die Grünliberalen eine Einmalunterstützung bei Erstellung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie.

Netzzugang

Alle Produzenten von erneuerbarer Energie müssen beim Zugang zum lokalen und nationalen Stromnetz gleich behandelt werden und dürfen von Netzbetreibern bei der Einspeisung nicht behindert werden.

Zugänglichkeit

Potentielle Standorte für Projekte mit erneuerbarer Energie sollen allen interessierten Anbietern durch eine ordentli-

che Ausschreibung zugänglich gemacht werden.

Unterstützung

Projekte welche auf erneuerbaren und lokalen Energiequellen beruhen sollen von der Standortgemeinde aktiv gefördert werden. Die Anreize sollen zusätzlich zu nationalen und kantonalen Förderprogrammen auf unbürokratische Weise und nach klaren Richtlinien aufbauen.

Minergie

Die Gemeinden sorgen bei Renovationen und Neubauten bei allen kommunalen Gebäuden für die Umsetzung des Minergie-Standards, bei Neubauten soll zwingend Minergie-Plus realisiert werden. Bei Neubauten auf gemeindeeigenem Grund sollen dieselben Auflagen wie für die kommunalen Gebäude gelten.

2.3 Quartiereigene Versorgungseinrichtungen

Die Grünliberalen fordern den vermehrten Einsatz von nachhaltigen und ressourcenschonenden Technologien in den Quartieren. Quartiereigene Versorgungseinrichtungen sollen von den Gemeinden aktiv gefördert werden. Zu diesem Zweck organisieren die Gemeinden eine Informations- und Koordinationsplattform. Im Sinne einer effizienten Energieerzeugung und -nutzung sollen Projekte (Solar- und Windkraftanlagen, Wärmepumpen, etc.) möglichst vielen interessierten Bauherren zugänglich gemacht werden.

Damit wird die Finanzierung für viele Bauherren realistischer und die Projekte erreichen schneller die kritische Grösse für den effizienten Betrieb und den kostengünstigen Unterhalt. Raumbedarf und Emissionen können damit auf möglichst tiefem Niveau gehalten werden.

Die Stadt Biel baut damit schrittweise ihre Position als „Energistadt“ aus und soll eine führende Rolle in der schweizerischen Energiepolitik übernehmen.